

Frage 16: Wie stehen Sie zur Frage, ob Mittel aus dem zur Stärkung der militärischen Landesverteidigung und zur Unterstützung von Staaten, die einer militärischen Aggression ausgesetzt sind, eingesetzt werden sollen?

ÖVP

Österreich ist und bleibt mit seinen rund 1.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich im Auslandseinsatz oder sich in der Vorbereitung dazu befinden, ein verlässlicher Partner bei internationalen Friedensmissionen im Ausland. Diese Rolle werden wir auch in Zukunft wahrnehmen. Klar ist, dass alle Auslandseinsätze und Kooperationen mit anderen Streitkräften immer im Einklang mit unserer Neutralität stattfinden müssen.

SPÖ

Die Neutralität Österreichs hat sich in den fast siebzig Jahren ihres Bestehens unter sich ändernden geopolitischen Umständen bewährt und Österreichs Sicherheit garantiert. Österreich soll sich daher weiterhin nicht an Kriegen beteiligen, keine fremden Truppen auf seinem Territorium stationieren und nicht Mitglied eines Militärbündnisses werden. Österreich soll zu einer aktiven Neutralitätspolitik zurückkehren und sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte engagieren.

FPÖ

Von Seiten der FPÖ gibt es sein striktes NEIN zur Finanzierung von bewaffneten Konflikten und Kriegen, egal wo auf der Welt. Einerseits ist die Mittelbereitstellung für kriegerische Auseinandersetzungen nicht mit unserer immerwährenden Neutralität vereinbar, noch ist die Finanzierung von Gewalt den jeweils betroffenen Menschen fair gegenüber. Wir stehen für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik statt Kriegstreiberei. Andererseits ist auch klar für uns, dass zuerst auf die eigene Bevölkerung zu schauen ist, statt Millionen-Geschenke ins Ausland auf Steuerzahlerkosten zu verteilen. Die Rolle Österreichs in internationalen Konflikten sollte, wie es sich bewährt hat, immer die eines Vermittlers und Fürsprechers für Frieden und niemals die eines Kriegstreibers oder gar eines unmittelbaren Unterstützers einer Konfliktpartei sein.

GRÜNE

Die Ukraine hat ein unbestrittenes Recht zu Selbstverteidigung. Waffenlieferungen durch Österreich sind durch die Neutralität ausgeschlossen und unsere Mitgliedsbeiträge in der EU werden dafür auch nicht herangezogen.

NEOS

Als kleines Land kann sich Österreich nicht selbstständig verteidigen. Wir sind von einem geopolitischen Umfeld mit Regeln und Normen abhängig. Daher ist es für uns überlebenswichtig, dass bei Verletzungen der internationalen Normen, wie etwa Angriffskriege, die Aggressoren nicht belohnt, sondern härtestmöglichst sanktioniert werden. Ohne Abschreckung wäre die Welt eine dramatisch andere. Österreich kann aufgrund der in der Verfassung verankerten Neutralität keine direkte militärische Hilfe leisten, muss sich aber

in allen anderen Formen der Verteidigung der internationalen Ordnung klar bekennen: Sanktionen, humanitäre, politische und wirtschaftliche Unterstützung, Resilienzstärkung, etc.

KPÖ

Die KPÖ ist eine Friedenspartei. Wir sprechen uns daher für Abrüstung und gegen Waffenlieferungen aus. Im aktuellen Fall des Krieges in der Ukraine haben wir die russische Aggression vom ersten Tag an verurteilt haben. Nach beinahe drei Jahren Krieg ist kein Sieg der einen oder anderen Seite absehbar. Daher sprechen wir uns mehr denn je für eine politische und diplomatische Lösung dieses wie aller anderen kriegerischen Konflikte aus. Für solche Friedensprozesse sollte sich Österreich als neutraler Staats aktiv einsetzen